

Liberalisierung und Strompreisentwicklung

Österreich und Deutschland im Vergleich

Working Paper

Nr. 4



Maria Haberfellner (maria.haberfellner@e-control.at)
András Hujber (andras.hujber@e-control.at)
Peter Koch (peter.koch@e-control.at)

28. Mai 2002

Liberalisierung und Strompreisentwicklung Österreich und Deutschland im Vergleich

Inhalt

Liberalisierung in Österreich und Deutschland
Preisentwicklung in Deutschland und Österreich
Entwicklungen der Strompreise – ein Ausblick

Liberalisierung in Österreich und Deutschland

Die Liberalisierungsweg des österreichischen Strommarktes ist in zwei Phasen verlaufen. In der ersten Phase wurde eine eher moderate stufenweise Marktöffnung entsprechend der EU-Binnenmarktrichtlinie verfolgt. Im Februar 1999 trat das nationale Gesetz (Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz, EIWOG) in Kraft, wonach vorerst Endkunden bis zu einem jährlichen Endverbrauch von 40 GWh ihren Stromlieferanten frei wählen konnten. Es machte sich bald Unzufriedenheit mit der geplanten stufenweisen Marktöffnung breit, da kleinere Unternehmen und Haushalte nicht einsahen, dass nur große Unternehmen Vorteile aus der Liberalisierung ziehen konnten. Das EIWOG wurde überraschend schnell novelliert, und seit 1. Oktober 2001 können alle Kunden ihren Stromlieferanten frei wählen.

Österreich hat sich in seinem Marktmodell für den regulierten Netzzugang (rTPA: regulated Third-Party-Access) entschieden. Die Regulierungsbehörden E-Control GmbH und E-Control Kommission wurden aus dem Bundesministerium ausgegliedert und so unabhängige Regulierungsgremien geschaffen. Bei der E-Control GmbH handelt es sich um eine juristische Person privaten Rechts, die mit hoheitlichen Befugnissen betraut wurde. Die E-Control Kommission ist ein Kollegialorgan mit richterlichem Einschlag. Der Netzzugang wird ex-ante reguliert. Die Tarife für die Netznutzung werden nicht individuell ausverhandelt, sondern von der zuständigen Regulierungsbehörde – der E-Control Kommission – festgesetzt. Neben den neu gegründeten Regulierungsbehörden haben die Landesregierungen und Landesbehörden eine Reihe ihrer Regulierungskompetenzen in der Elektrizitätswirtschaft behalten: Betriebsbewilligungen für Erzeugungsanlagen, Konzessionserteilung für Verteilernetzbetreiber, Festlegung von Einspeisetarife für Ökostrom und Kraft-Wärmekopplungs-Anlagen (KWK-Anlagen) u.a. werden von Organen der neun Bundesländer entschieden.

Dass Österreich mit der 100%igen Marktöffnung im Zuge der Novellierung des EIWOG nun zu den Pionieren der Liberalisierung zählt, zeigt ein Vergleich der Marktöffnungsgrade in den übrigen Mitgliedstaaten in der Europäischen Union. Neben den traditionell liberalisierungsfreundlichen, skandinavischen Ländern und Großbritannien hat nur noch Deutschland seinen Strommarkt zu 100 Prozent geöffnet. Während sich das österreichische Marktmodell stark am nordischen Modell orientiert hat, wurde die Marktöffnung in Deutschland völlig anders gestaltet.

Ende April 1998 wurde in Deutschland der Strom- und Gasmarkt durch die Neuregelung des Energiewirtschaftsgesetzes vollständig liberalisiert. Damit ging Deutschland, wie drei Jahre später Österreich im Strommarkt, über die Anforderung der EU-Binnenmarktrichtlinie hinaus. Die vollkommene Marktöffnung des österreichischen Gasmarktes ist für den 1. Oktober 2002 geplant.

Die deutsche Bundesregierung hat sich in ihrem Marktmodell für den verhandelten Netzzugang von Dritten (nTPA: negotiated Third-Party-Access) entschieden. Demnach bedurfte es auch keiner Behörde, die die Netztarife reguliert. So entschied man sich, keinen sektorspezifischen Regulator zu installieren, sondern dem Deutschen Kartellamt die Si-

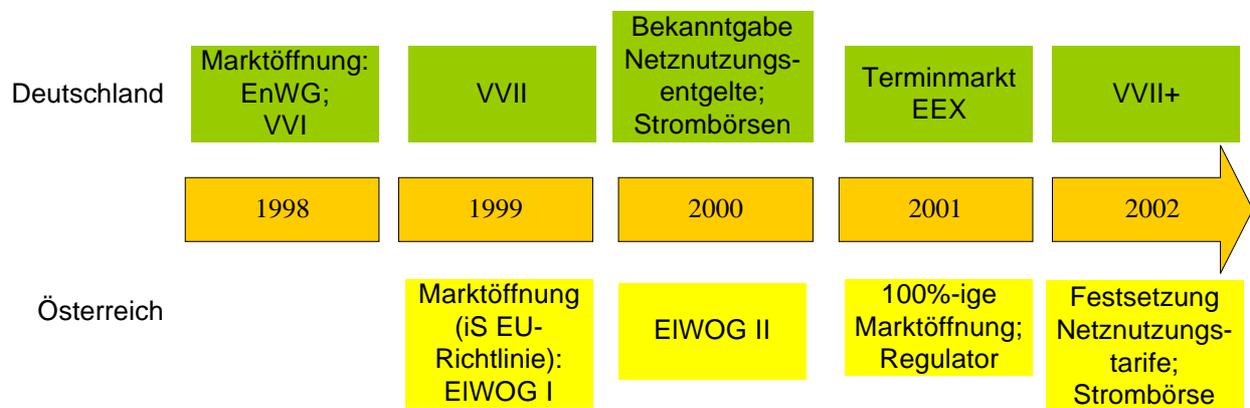
Herstellung des diskriminierungsfreien Netzzugangs zu überlassen. Es gibt daher keine einheitliche Regelung des Netzzugangs und kein gesetzlich vorgeschriebenes Unbundling zwischen Verteilnetzbetrieb und den Vertriebsaktivitäten.

In Deutschland vertraute man vielmehr dem Prinzip der Selbstregulierung. Mit der sogenannten Verbändevereinbarung einigten sich die Stromverbände für Grundsätze zur Festlegung von Durchleitungs- bzw. Netznutzungsentgelte sowie Regeln für den Stromhandel und den diskriminierungsfreien Netzzugang. Die Vereinbarung hat keinen Sanktionscharakter, sondern entspricht eher einer Empfehlung. An den Verhandlungen zur Verbändevereinbarung waren neben Vertretern der Strombranche (u.a. VDEW, VDN) und Industrie auch Vertreter der Privatkunden (VZBV) beteiligt.

Die Missbrauchsaufsicht findet in Deutschland ex-post durch die Kartellämter statt, die quasi als Regulator im Nachhinein agieren. Die Kartellämter in Deutschland haben in der Vergangenheit ihre Durchgriffsrechte stärker genutzt als in Österreich, sie mussten mit der Liberalisierung ihre personellen Ressourcen deutlich verstärken. Zusätzlich hat das Bundesministerium für Wirtschaft eine Task Force eingerichtet, die gezielte Problemlösungen gemeinsam mit den am Marktprozess Beteiligten erarbeitet.

Während der Großteil der Elektrizitätsunternehmen sowie der beteiligten Verbände mit dem deutschen Weg zufrieden ist, kritisieren Stromhändler, Kunden sowie ausländische Unternehmen die Schwächen des selbstregulierten Systems der Verbändevereinbarung. Beklagt wird insbesondere die mangelnde Transparenz der Netznutzungsentgelte, die Diskriminierung ermöglicht und zu überdurchschnittlich hohen und ungleichen Netzegebühren führt, sowie die fehlende Kooperationsbereitschaft einiger Netzbetreiber. Die weiterhin vertikale Integration der Elektrizitätsunternehmen fördert die Entwicklung dieser Missstände. Derzeit wird in Deutschland versucht, die Inhalte der Verbändevereinbarung in der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes festzuschreiben.

Abbildung 1: Entwicklung der Liberalisierung in Österreich und Deutschland



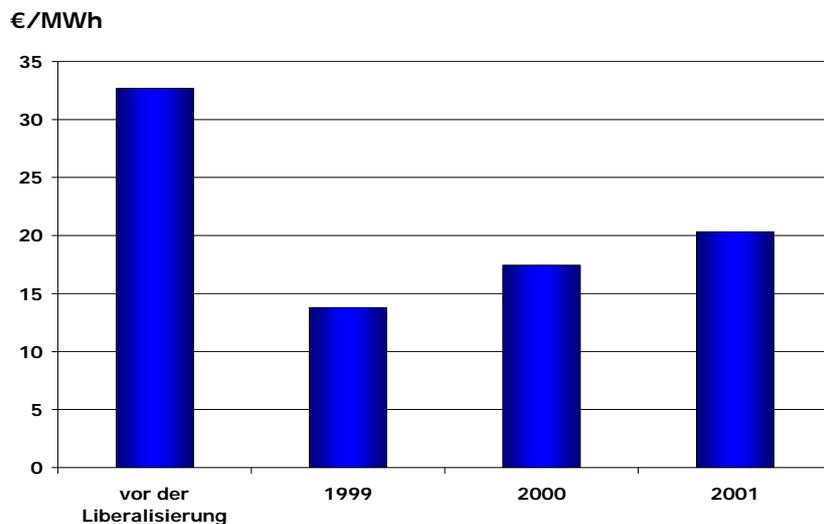
Preisentwicklung in Deutschland und Österreich

Vor der Liberalisierung des österreichischen Strommarktes waren die Elektrizitätsunternehmen nicht verpflichtet, einzelne Komponenten des Strompreises getrennt auszuweisen. Deshalb ist die damalige Höhe einzelner Komponenten, wie der Anteil am Preis für Energie, Netz und zur Förderung von erneuerbaren Energieträgern nicht feststellbar. Die Fördersysteme wurden bundesländerspezifisch festgelegt. In manchen Bundesländern entschied man sich indirekt über Investitionen zu fördern, in anderen Bundesländern wurden direkt höhere Einspeisetarife von den Landesversorgungsgesellschaften bezahlt, die ihnen im Zuge der behördlichen Preisfestsetzung wieder abgegolten wurden. Mit Inkrafttreten des EIWOG im Jahr 1999 erhöhte sich in Österreich die Transparenz der Strompreiszusammensetzung, da die Unternehmen zu einer Ausweisung der einzelnen Komponenten auf der Stromrechnung von zugelassenen Kunden verpflichtet wurden.

Entwicklung der Industriepreise

Die Teilöffnung des Strommarktes im Jahr 1999 brachte österreichischen Industriekunden beträchtliche Preissenkungen. Die Strompreise – inklusive Netz und Zuschläge ohne Steuern und Abgaben – sanken um 40 bis 50 %. Der Grund dafür liegt auf der Hand: erhöhter Wettbewerb. Zu Beginn der Liberalisierung wollte keines der EVU Kundenverluste in Kauf nehmen. Bei den Versorgern galt es, jeden Kunden um jeden Preis zu halten. Das führte zu einem vorübergehenden Verdrängungswettbewerb und dadurch zu günstigen Lieferangeboten. Preise für die reine Energielieferung fielen sogar unter das Großhandelspreisniveau. Das heißt auch, dass die Energielieferanten bei der Belieferung von Industriekunden ständig Opportunitätsverluste erlitten.

Grafik 1: Entwicklung der Industriestrompreise in Österreich (reine Energie ohne Netz, Steuern und Zuschlägen)



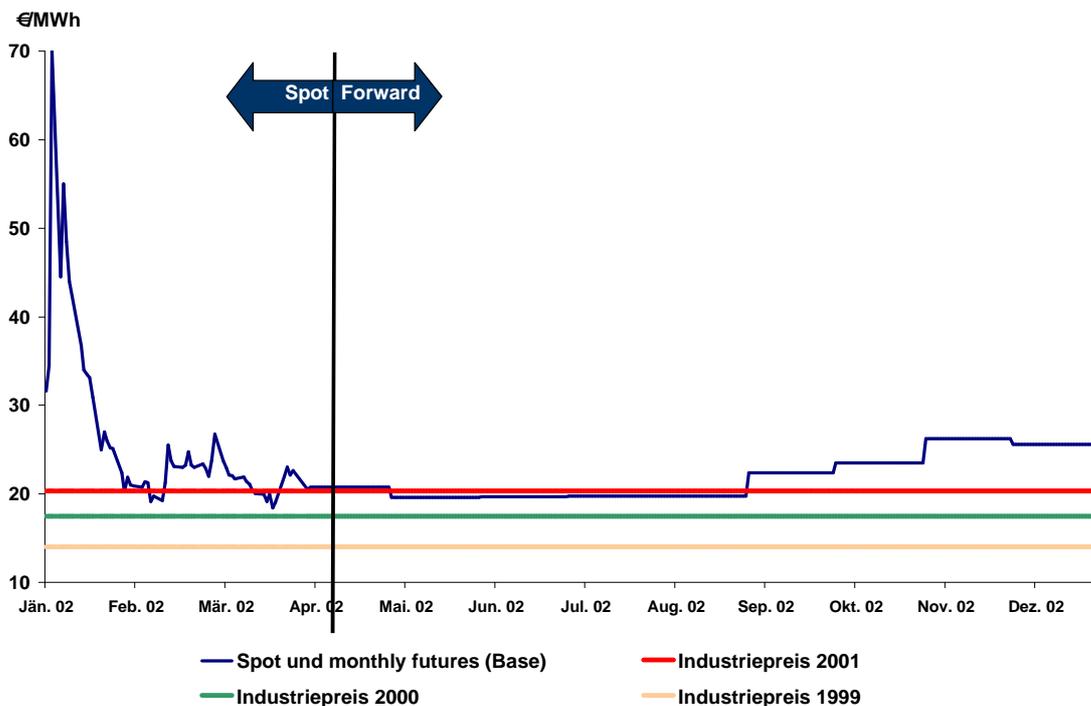
Quelle: E-Control, eigene Berechnungen

Die Darstellung der tatsächlichen Preisentwicklungen in diesem Marktsegment gestaltet sich schwierig, da für Österreich keine offiziellen bzw. kohärenten Erhebungen existieren. Das Datenmaterial, das unter anderem von Eurostat für internationale Preisvergleiche verwendet wird, deckt bestenfalls die Gewerbekunden ab. Kunden über einen Jahresverbrauch von 0,16 GWh werden nicht erfasst. Der Darstellung in Grafik 1 liegen informelle Marktgespräche zugrunde.

Die Energiepreise für Industrie gingen zu Beginn der Liberalisierung stark zurück, sind aber seither kontinuierlich angestiegen. Eine Erklärung dafür ist, dass die Marketingbudgets der Lieferanten – aus denen die „Übergangsverluste“ finanziert wurden – sich zusehends erschöpfen. Gleichzeitig dürften Vertriebsleiter erkannt haben, dass man zu ag-

gressiv verhandelnden Stammkunden nur bedingt preisliche Zugeständnisse machen und neue Kunden nicht um jeden Preis gewinnen muss. Die erlittenen Opportunitätsverluste wurden teilweise von den sogenannten „captive customers“ (z.B. Haushaltskunden) und wahrscheinlich zum größeren Teil durch Einnahmen aus dem Netzbereich finanziert. Durch die Liberalisierung des Haushaltskundensegments und die Einrichtung der Regulierungsbehörde im Jahre 2001 sanken die Möglichkeiten für Quersubventionierungen, was den Aufwärtstrend der Energiepreise für Industrie weiter unterstützte.

Grafik 2: Großhandelspreise vs. Energiepreise für Industrie



Quelle: Platts, EEX, eigene Berechnungen

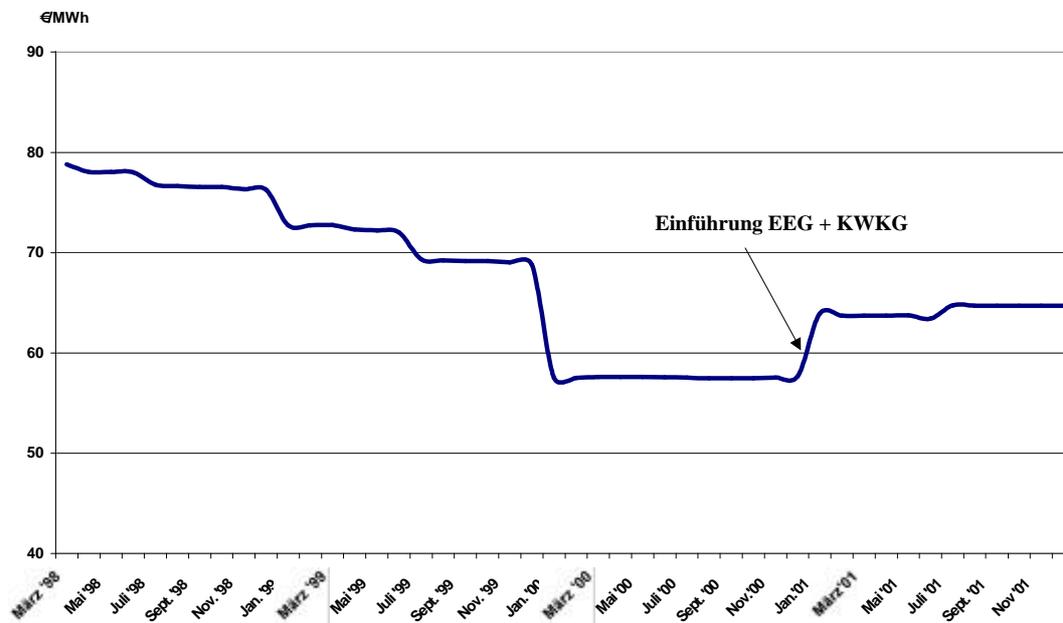
Bei einem Vergleich von Großhandelspreisen mit Energiepreisen für Industrie können künftige Entwicklungstendenzen der Industriepreise abgeschätzt werden. Aus Grafik 2 geht hervor, dass die österreichischen Energiepreise für Industrie nach wie vor unter dem Großhandelspreisniveau liegen, was für weiterhin steigende Preise spricht. Diese Trendabschätzung wird durch die stetig steigenden Forwardpreise für die folgenden Jahre unterstützt. Der Preis für das Jahresband 2003 liegt derzeit (April 2002) bei etwa € 23,15/MWh und für das Jahr 2005 bei € 24,30/MWh.

Es ist anzumerken, dass Energiepreise für Industrie nicht unbedingt dem Standardprodukt „Base“ (Jahresband) entsprechen. Die Industriekundenpreise ergeben sich aus unternehmensspezifischen Lastprofilen, die nur bei sehr großen Industrieabnehmern einer Bandlieferung nahe kommen. Die Energiepreise für Industrie sind Vollversorgungspreise, das heißt sie enthalten einen relativ teuren Ausgleichsenergieanteil, womit jeweilige Lastprognosefehler abgedeckt werden.

Ein Vergleich der Industriepreiserwicklungen mit Deutschland gestaltet sich nicht einfach, da es in Deutschland keine regulierten Netzpreise gibt und dem Kunden oft „Paketpreise“ (Netzentgelte und Energiepreis gemeinsam) angeboten werden, was eine Analyse der einzelnen Preiskomponenten wesentlich erschwert. Andererseits gibt es in Deutschland regelmäßige Industriepreiserhebungen, die eine historische Analyse ermöglichen. Die Preise in Grafik 3 werden von der VIK im Zusammenarbeit mit Dow Jones monatlich errechnet und decken sowohl Gewerbe- (100 kW, 1.600 Jahresstunden) als auch Industriekunden (bis 25.000 kW, 7.000 Jahresstunden) in einem ab. In den Preisen sind keine Steuern, sondern lediglich Preise für elektrische Energie und Netz sowie Belastungen aus

dem EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) und KWKG (Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz) enthalten.

Grafik 3: VIK/Dow Jones Industriestrompreisindex 1998 – 2001 (Energie, Netz, EEG und KWKG ohne Steuern)

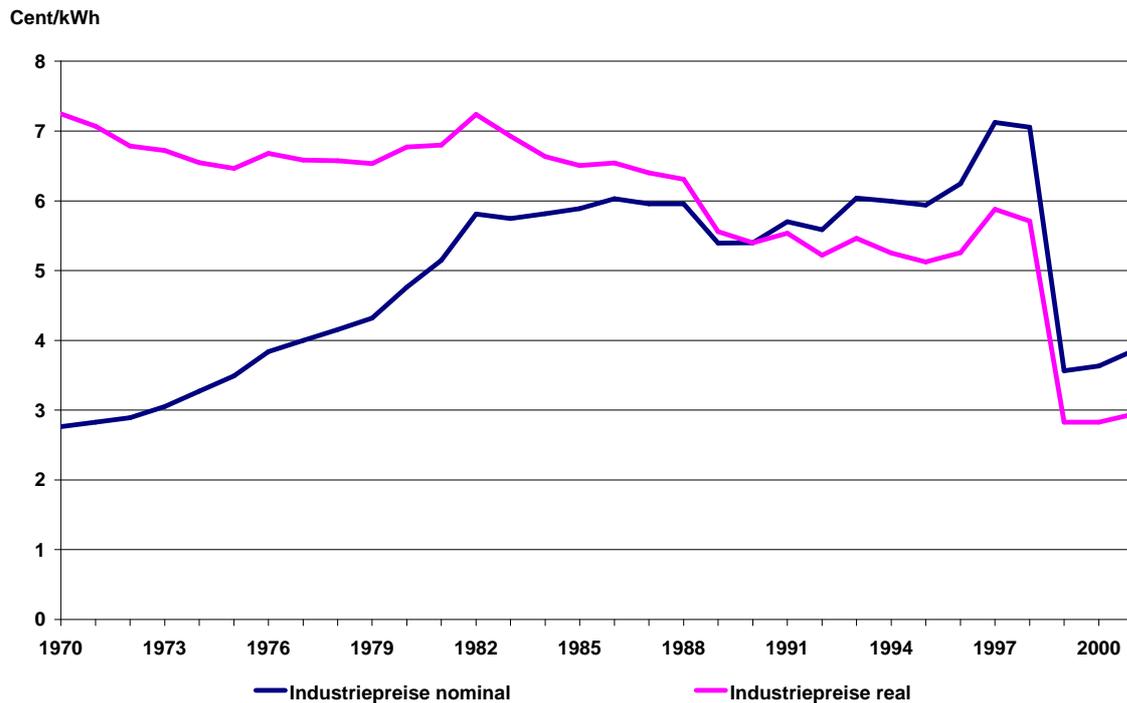


Quelle: Dow Jones und VIK

Im Jahr 2001 stiegen die Strompreise für deutsche Industriekunden erstmals seit Liberalisierungsbeginn. Der Dow Jones/VIK-Strompreisindex für Industriekunden lag im Dezember 2001 um rund 12 % über dem Niveau der Vergleichsperiode des Vorjahres. Als Grund für diese Entwicklung werden verschiedene Faktoren gesehen: die stagnierende Entwicklung der eigentlichen Produktions-, Transport- und Vertriebskosten sowie die gestiegenen Kosten für Primärenergieträger.

In Grafik 4 wird versucht, die historische Preisentwicklung im österreichischen Industriekundensegment darzustellen. Da – wie bereits erwähnt – seit der Liberalisierung keine konsistente Preisstatistik für Industriekunden zur Verfügung steht, stellten wir die Entwicklung aus unterschiedlichen offiziellen und informellen Quellen zusammen. Bei den Preisberechnungen zogen wir hauptsächlich Großabnehmer auf Netzebene 3 in Betracht. In den Preisen sind keine Steuern und Abgaben, sondern lediglich Preise für elektrische Energie und Netz enthalten.

Grafik 4: Industriestrompreise in Österreich 1970 – 2001 (Netz und Energie ohne Steuern und Abgaben) Preisbasis 1990



Quellen: ÖSTAT, E-Control in Abstimmung mit Prof. Haas (TU Wien)

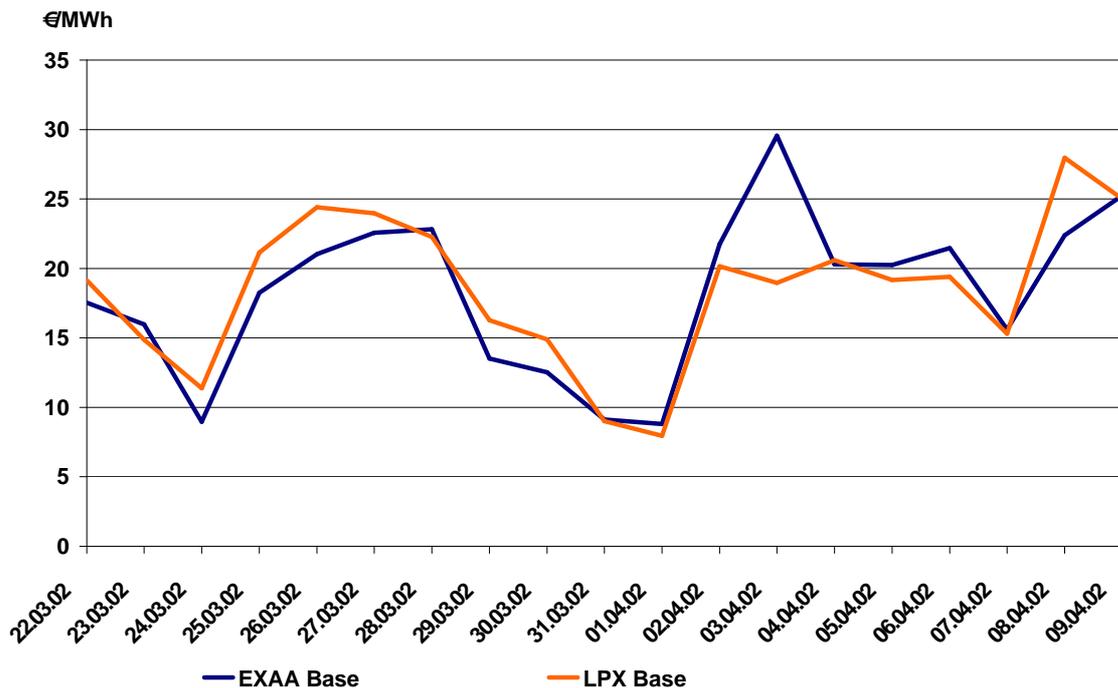
In Grafik 4 kann man erkennen, dass die realen Industriepreise seit längerer Zeit sinken. Das heißt, dass bereits das alte Preisregulierungsregime die EVU zwang, die realisierten Skalenerträge und Effizienzgewinne zumindest teilweise an ihre Kunden weiterzugeben. Im Jahre 1999 traten zusätzliche liberalisierungsbedingte Preisrückgänge ein, die aber von 1999 bis 2001 durch die Verringerung der Wettbewerbsintensität des Marktes zu einem geringen Teil wieder wettgemacht wurden.

Im Folgenden wird versucht, anhand eines systematischen Vergleichs der Strompreis-komponenten eventuelle Struktur- oder Entwicklungsunterschiede zwischen Deutschland und Österreich aufzuzeigen. Diese einzeln betrachteten Komponenten sind Energie, Netz sowie Steuern und Abgaben.

Energie

Für die Energiepreisvergleiche können die Großhandelspreise herangezogen werden. Österreich liegt in der zentraleuropäischen Preisregion, was bedeutet, dass sich die Großhandelspreise in der Schweiz, Deutschland und in Österreich im Gleichschritt bewegen. Diese Korrelation der Preise kann auch anhand eines Vergleiches der Spotpreise an der Leipziger Strombörse (LPX) in Deutschland und an der österreichischen Strombörse EXAA in Graz verfolgt werden.

Grafik 5: Spotpreisentwicklung an der LPX und an der EXAA



Quelle: LPX und EXAA

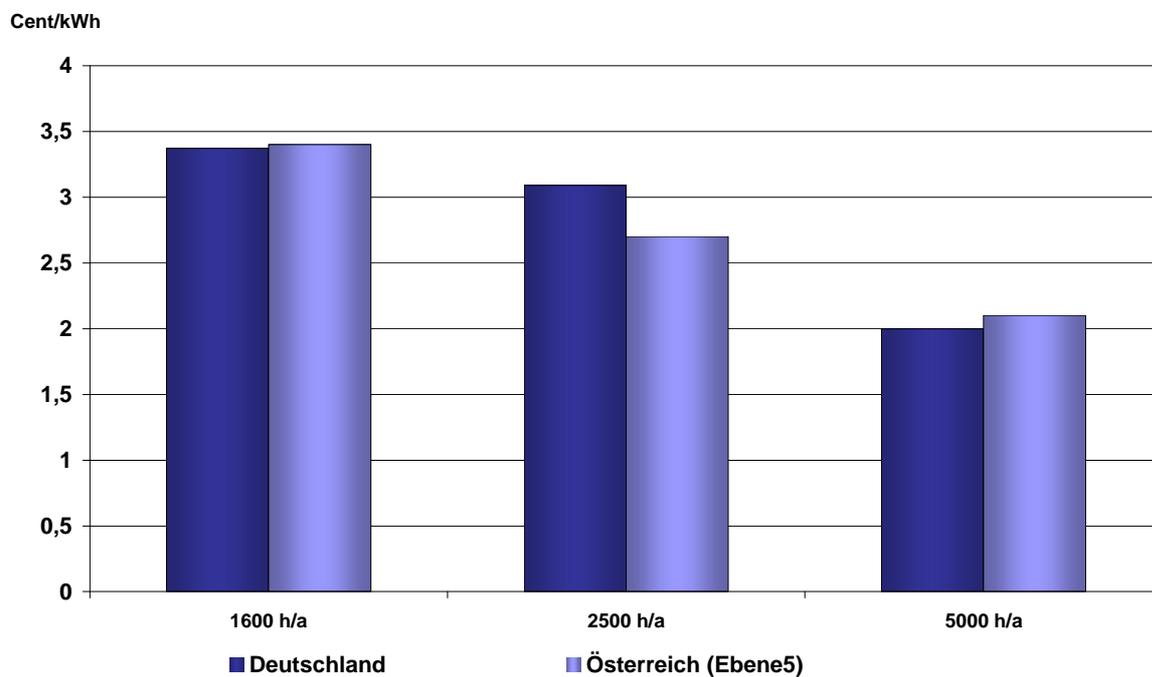
In Grafik 5 ist deutlich zu erkennen, dass sich die Beschaffungspreise der Lieferanten in beiden Ländern sehr ähnlich gestalten (abgesehen vom 3.4.02, wo es an der EXXA zu Marktunvollkommenheit kam). Das bedeutet auch, dass bei den beiden Ländern für Preisunterschiede im Industriekundenbereich die Energiepreise – zumindest theoretisch – nicht ausschlaggebend sind. Einzig die unterschiedliche Höhe der eingesetzten Marketingbudgets in der Preisgestaltung führen zu Angebotspreisen, die mehr oder weniger unter dem Großhandelspreisniveau liegen.

Netz

Auch der Vergleich der Netzpreise gestaltet sich schwierig, da zur Berechnung in den zwei Ländern unterschiedliche Größen verwendet werden. Während in Deutschland zur Preiskalkulation die Jahresleistungsspitze herangezogen wird, kalkuliert man in Österreich mit einem Durchschnitt der Monatsleistungsspitzen. Das impliziert, dass beim Vergleich von scheinbar übereinstimmenden Abnahmefällen (Leistungskategorie) – bei Annahme einer identischen Kostenbasis – die österreichischen Netzpreise tendenziell höher liegen sollten.

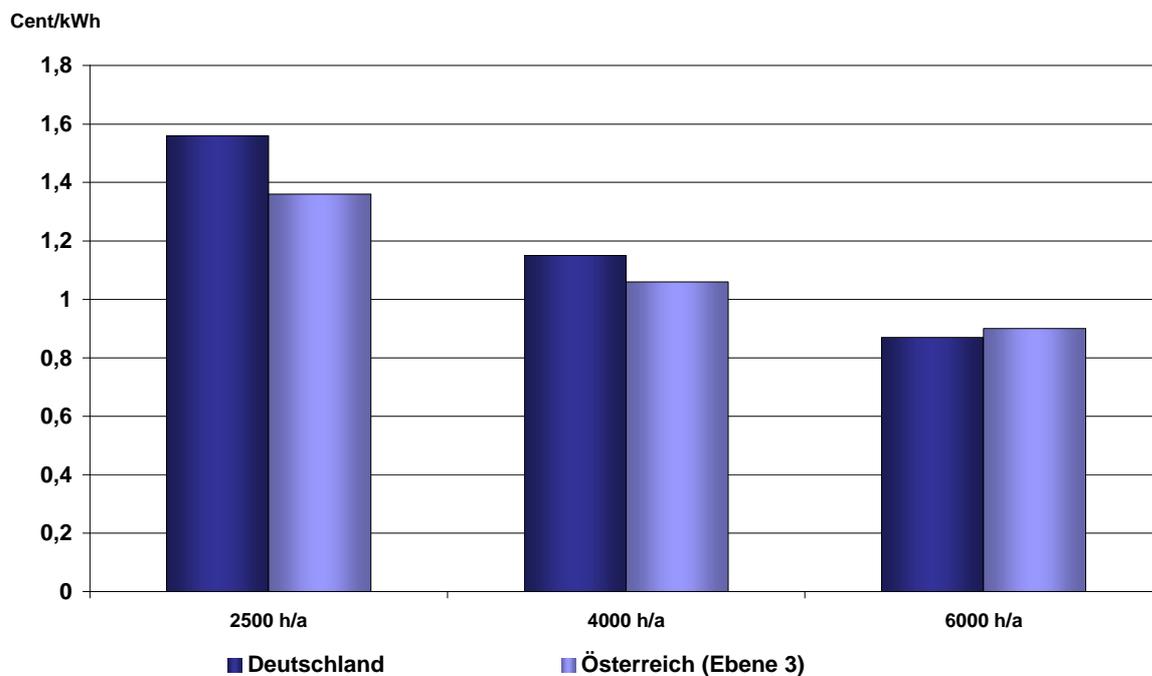
Ein anderer vergleichsverzerrender Faktor ist, dass nach der deutschen Verbändevereinbarung II die Netzpreise die Bereitstellung von Regelenergie innerhalb eines Toleranzbandes mit einschließen, während diese Kosten in Österreich über die Bilanzgruppen abgerechnet werden. Der sich dadurch ergebende Tarifunterschied dürfte auf Hochspannungsebene allerdings nicht mehr als 5 % ausmachen.

Grafik 6: Durchschnittliche Netzentgelte Mittelspannung



Quelle: VDN, Eigene Berechnungen

Grafik 7: Durchschnittliche Netzentgelte Hochspannung



Quelle: VDN, eigene Berechnungen

Stellt man die entsprechenden Netzpreise – trotz aller Vergleichsschwierigkeiten – nebeneinander, so kommt man zu dem Schluss, dass sie durchaus ähnlich hoch sind. Wesentliche, durch die unterschiedlichen Regulierungsregime bedingte Tarifunterschiede sind nicht erkennbar.

Steuern und Abgaben

Die stärksten Belastungen sind in beiden Ländern die Abgaben und Zuschläge betreffend erneuerbare Energieträger und die Stromsteuer (Deutschland) bzw. Elektrizitätsabgabe (Österreich). Die gegenwärtigen Belastungen aus dem Erneuerbare-Energieträger-Gesetz (EEG) und aus KWK-Zuschlägen belaufen sich in Deutschland auf ca. 0,6 Cent/kWh und in Österreich auf ca. 0,27 Cent/kWh (aktuelle Belastung aus 1%-Ziel für Ökoanlagen und KWK-Zuschlägen in Wien, Steiermark und Kärnten), wobei in Deutschland die Verbraucher zusätzlich ca. 0,8 Cent/kWh Aufschläge für Steinkohlesubventionen zu tragen haben.

Stromsteuer (17,9 €/MWh) wird in Deutschland für das produzierende Gewerbe nicht verrechnet. Die Elektrizitätsabgabe (15 €/MWh) in Österreich kann größtenteils zurückerstattet werden. Das heißt, dass dadurch weder für deutsche noch für österreichische Unternehmen Wettbewerbsnachteile erwachsen. Durch die Bestimmungen des EEG sind allerdings deutsche Unternehmen gegenüber ihren österreichischen Konkurrenten schlechter gestellt. Bezüglich der Belastungen aus dem Kraft-Wärmekopplungsgesetz gilt eine Deckelung ab 100.000 kWh/Jahr. Das heißt, dass dadurch Industriestromabnehmer nicht wesentlich belastet werden.

Facit

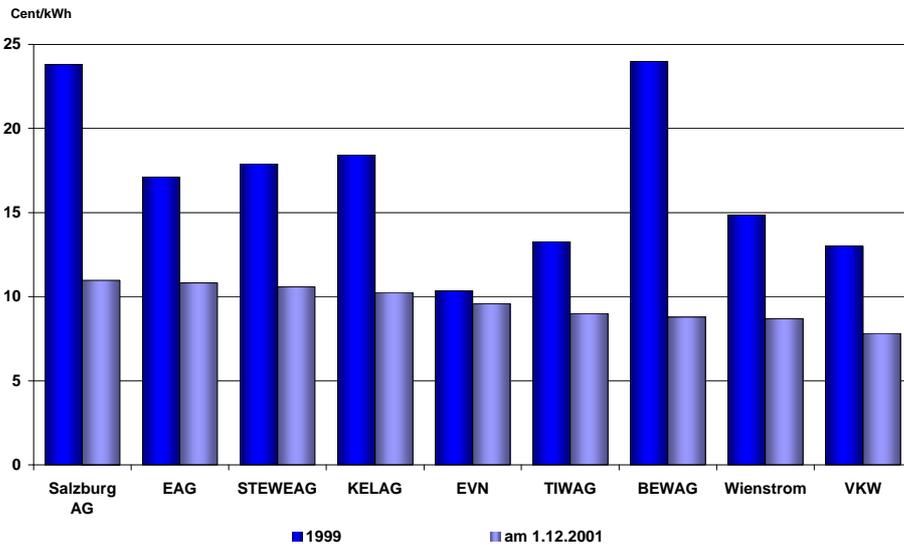
Nach einer ersten Grobanalyse kann man zusammenfassend feststellen, dass eventuelle Industriestrompreisunterschiede zwischen Deutschland und Österreich durch die Abweichungen der Preiskomponenten „Netz“ und „Energie“ nur zu einem sehr geringen Teil – wenn überhaupt – erklärt werden können. Die Unterschiede können daher noch am ehesten auf die unterschiedlichen Abgabenbelastungen in den beiden Ländern zurückgeführt werden. Allein die Belastungen aus EEG und KWKG in Deutschland betragen das Dreifache des entsprechenden österreichischen Wertes.

Gewerbepreientwicklung

Der wirtschaftliche Erfolg Österreichs ist nicht nur von der Entwicklung großer Industrien bestimmt, sondern wird zu einem beachtlichen Teil von den Klein- und Mittelbetrieben (KMU) mitgetragen. Laut Statistik Österreich erwirtschaften die Unternehmen mit einer Beschäftigtenzahl zwischen einer und 249 Person(en) – das entspricht etwa der Größe von KMU – knapp 60 % der in Gesamtösterreich erzielten Erträge und Erlöse. Die Strompreisentwicklung bei Gewerbebetrieben ist für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Österreichs von größerer Bedeutung als in anderen europäischen Ländern.

Die Einnahmen aus Gewerbestrom wurden vor der Liberalisierung zur Quersubventionierung von Industrie- und Haushaltsstrom eingesetzt. Diese Subventionierung ist durch die Liberalisierung weggefallen, was zu einem durchschnittlichen Preisrückgang von 43 % führte.

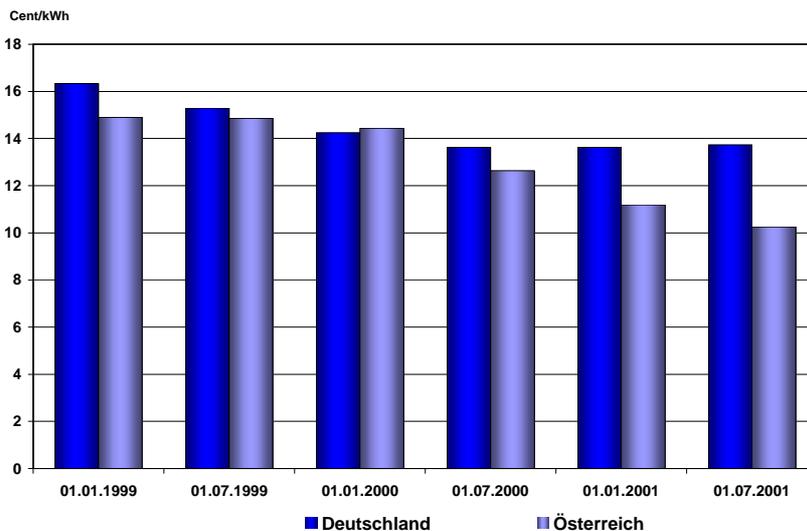
Grafik 8: Gewerbepreise Österreich 1999 und 2001, 10.000 kWh/Jahr, inkl. Energie und Netz, ohne Steuern, Abgaben und Zuschläge



Quelle: E-Control

Ein Vergleich der österreichischen und deutschen Preisentwicklung im Gewerbesegment anhand der EUROSTAT-Statistiken ergibt relativ große Preisunterschiede. Diese Unterschiede könnten sowohl auf unterschiedliche Erhebungsmethoden in den beiden Ländern, als auch auf tatsächlich unterschiedliche Preisgestaltungsmechanismen zurückgeführt werden. In Österreich wird beispielsweise ein Durchschnitt über die Preise von Wien, Tirol (beide Niedrigpreisgebiete) und Oberösterreich gebildet, was die Statistikergebnisse nach unten verzerrt. Zudem existieren in Österreich seit der vollständigen Marktöffnung für das dargestellte Gewerbesegment keine expliziten „Gewerbetarife“. Die Gewerbekunden ohne Leistungsmessung zahlen faktisch die jeweiligen Haushaltstarife.

Grafik 9: Gewerbepreise Deutschland – Österreich, 10.000 kWh/a, ohne Steuern, Abgaben und Zuschläge



Quelle: EUROSTAT

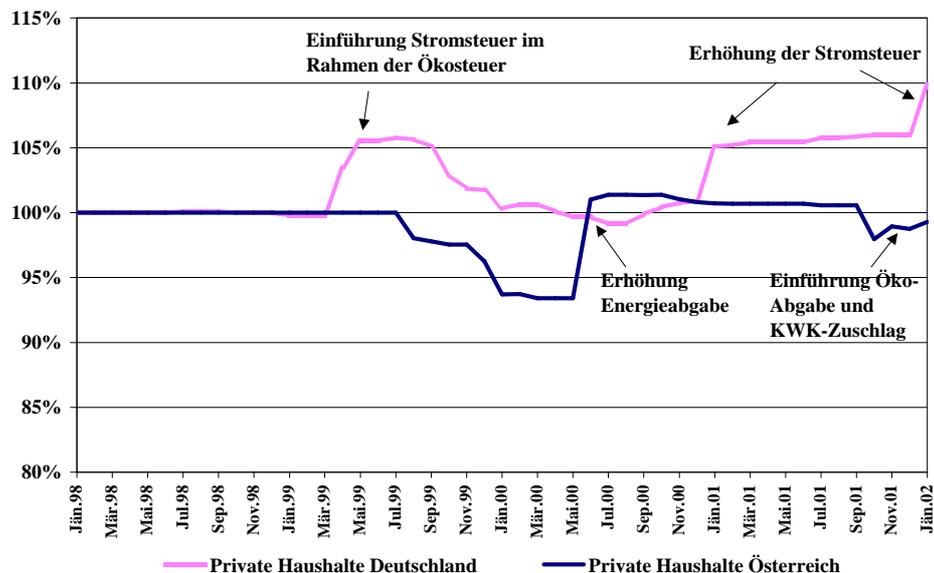
Haushaltspreisentwicklung

Auch der Vergleich von Haushaltsstrompreisen gestaltet sich für längere Zeitperioden schwierig und ist nur in Form eines Index des gesamten Strompreises (inkl. Netzentgelte, Strompreis, Zuschläge und Abgaben) möglich. Die Indizes werden sowohl in Österreich als auch in Deutschland von den staatlichen Statistikämtern (Statistik Österreich bzw. Statistisches Bundesamt Deutschland) veröffentlicht. Sie spiegeln vor allem die Budgetbelastung der Kunden beim Stromkauf, und weniger eine differenzierte Entwicklung der Komponenten Energiepreise, Netzentgelte, Steuern und Abgaben wider. In beiden Indizes wird die Umsatzsteuer nicht miteinbezogen, alle übrigen Abgaben (Öko-Abgabe, KWK-Zuschlag, Energie-Abgabe) sind jedoch in den Indizes enthalten.

Seit Oktober 2001 erhebt die E-Control GmbH bundesweit die Strompreise für Haushalte des jeweils günstigsten Unternehmens. Dies ermöglicht in Zukunft sowohl einen umfassenden Vergleich mit anderen Ländern (Netz, Strom, Abgaben und Zuschläge) als auch eine Gegenüberstellung der Preise in den Bundesländern, doch liegen für diese Strompreise keine historischen Zeitreihen vor.

Die nachfolgende Grafik 10 zeigt für Deutschland und Österreich die unterschiedliche Entwicklung der Strompreisindizes seit Anfang 1998. Deutlich zu erkennen ist, dass staatliche Zuschläge und Abgaben den Liberalisierungsgewinn schmälern bzw. zum Teil sogar übersteigen. Während in Österreich durch die Liberalisierung ein deutlicher Rückgang des Strompreises bereits vor der 100%igen Marktöffnung und vor der Verdoppelung der Energiesteuer zu beobachten war, kam es in Deutschland mit der Liberalisierung zu einem Anstieg des Strompreises. Zurückzuführen ist dies auf die Einführung der Öko-steuer sowie des Zuschlags aufgrund des Kraft-Wärme-Kopplung-Gesetzes.

Grafik 10: Strompreisentwicklung für Haushalte 1998 – 2002, Index 1998 = 100



Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschland, Statistik Österreich, eigene Berechnungen

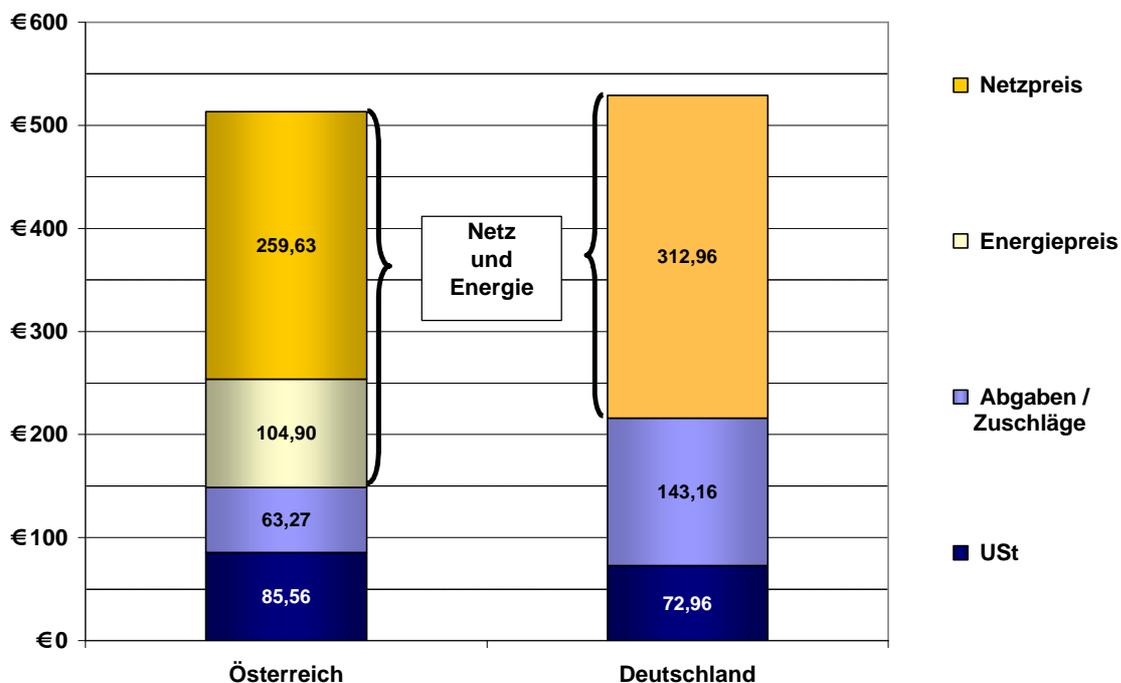
Seit der Verdoppelung der Energieabgabe durch den Finanzminister in Österreich ist nur eine geringe Veränderung des Strompreises zu beobachten. Einige Monate vor der vollständigen Liberalisierung war noch ein kurzfristiger Preisrückgang zu beobachten. Die Strompreisindizes in

Grafik 10 geben Auskunft über den Entwicklungsverlauf der Haushaltsstrompreise in Österreich und Deutschland, sie geben jedoch keinen Hinweis auf die absolute Höhe und die Zusammensetzung einer durchschnittlichen Stromrechnung für private Haushalte.

Ein Vergleich einer durchschnittlichen Haushaltstromrechnung zeigt, dass der Gesamtpreis in Österreich etwas günstiger als jener in Deutschland ist. Deutliche Unterschiede zeigen sich in der Höhe der einzelnen Komponenten des Gesamtpreises. So sind die Abgaben in Deutschland bedeutend höher als in Österreich. Grund dafür ist vor allem die in Deutschland von Kommunen eingehobene Konzessionsabgabe¹, die je nach Gemeindegröße für Tarifkunden zwischen 1,33 und 2,39 Cent/kWh (abhängig von der Einwohnerzahl der Kommune) beträgt. Industrielle Stromverbraucher müssen je nach Strompreis erheblich weniger (maximal 0,11 Cent/kWh) oder gar keine Konzessionsabgabe bezahlen, da es zu individuellen Vereinbarungen zwischen Sondervertragskunden und Elektrizitätsunternehmen kommt.

Nachfolgende Tabelle zeigt, dass die Summe des Netzpreises und des Energiepreises in Österreich merklich höher ist als in Deutschland.

Grafik 11: Vergleich Strompreiszusammensetzung Deutschland – Österreich, 3.500 kWh/Jahr



Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschland, E-Control

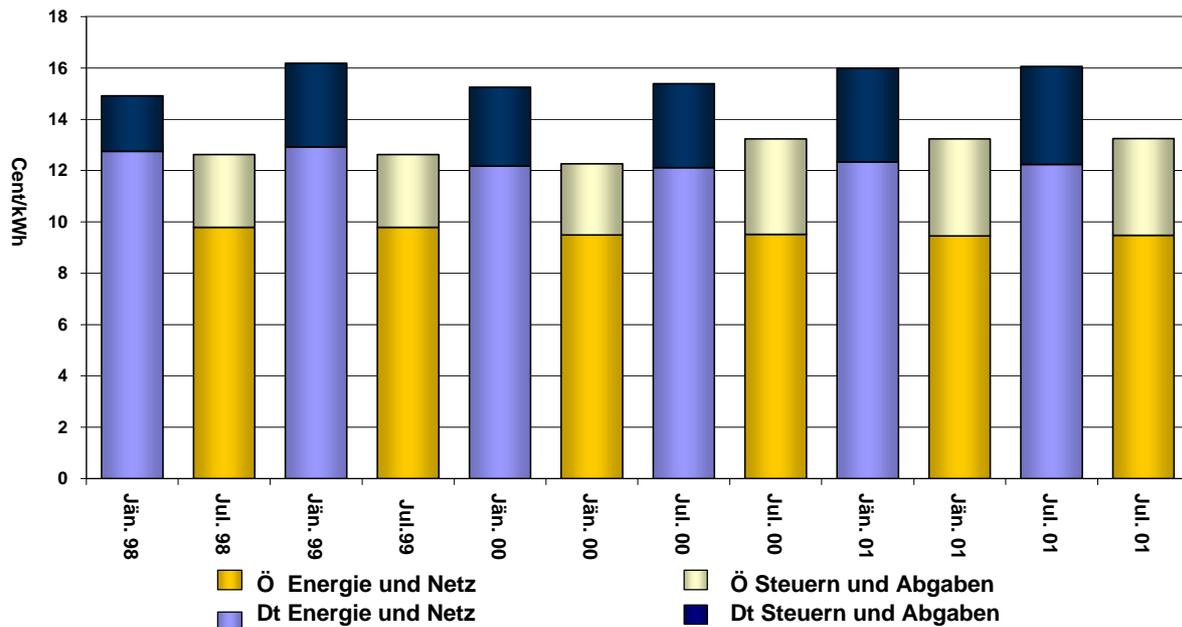
Statistiken von Eurostat über den Haushaltskundenbereich (3.500 kWh/Jahr) zeigen eine ähnliche Entwicklung wie der Vergleich der Strompreisindizes in Österreich und Deutschland und kommen zum gleichen Ergebnis wie Grafik 11, dass die Strompreise im Haushaltssektor in Österreich unter jenen von Deutschland liegen. Zu einem konträren Ergebnis führt ein Vergleich der Preise für Netz und Energie in Grafik 11 und Grafik 12. Während in Grafik 11 der Preis der Netz- und Energiekomponenten in Österreich deutlich

¹ Die Konzessionsabgabe ist vom Versorgungsunternehmen an die jeweilige Kommune zu entrichten und wird üblicherweise den Endverbrauchern weiterverrechnet. Dabei handelt es sich nicht um eine Abgabe im herkömmlichen Sinn, sondern um ein zivilvertragliches Entgelt, wobei ein Höchstpreis für die Konzessionsabgabe mittels Konzessionsabgabenverordnung festgelegt wird. Der festgelegte Höchstpreis wird von 90 % der Kommunen dem Versorgungsunternehmen verrechnet. Die restlichen rd. 10 % der Kommunen verrechnen keine oder eine geringere Konzessionsabgabe.

über jenem in Deutschland liegt, führen die Daten von Eurostat zu höheren Preisen der beiden Komponenten in Deutschland.

Die österreichischen Daten der Eurostat-Statistik werden aus dem Durchschnitt der Haushaltsstrompreise der Bundesländer Wien, Tirol und Oberösterreich ermittelt. Da die Netztarife in den Versorgungsgebieten Wien und Tirol zu den niedrigsten in Österreich zählen, kann es im internationalen Vergleich somit zu einer günstigen Darstellung der österreichischen Haushaltsstrompreisen kommen.

Grafik 12: Entwicklung der Haushaltsstrompreise in Deutschland und Österreich 1999 – 2001

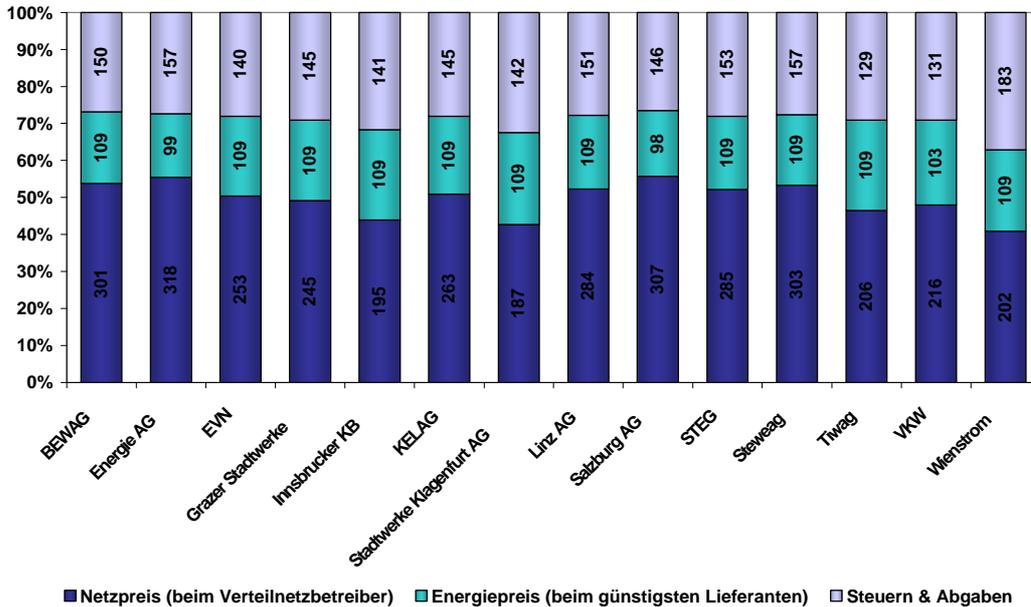


Quelle: Eurostat

Zu sehen ist jedoch auch deutlich, dass es bei den Preisen für Netz und Energie seit der Öffnung der Märkte zumindest zu einem leichten Rückgang gekommen ist, während die Einführung bzw. Erhöhung von Abgaben zu einer (Über)kompensation des Liberalisierungsgewinnes geführt hat.

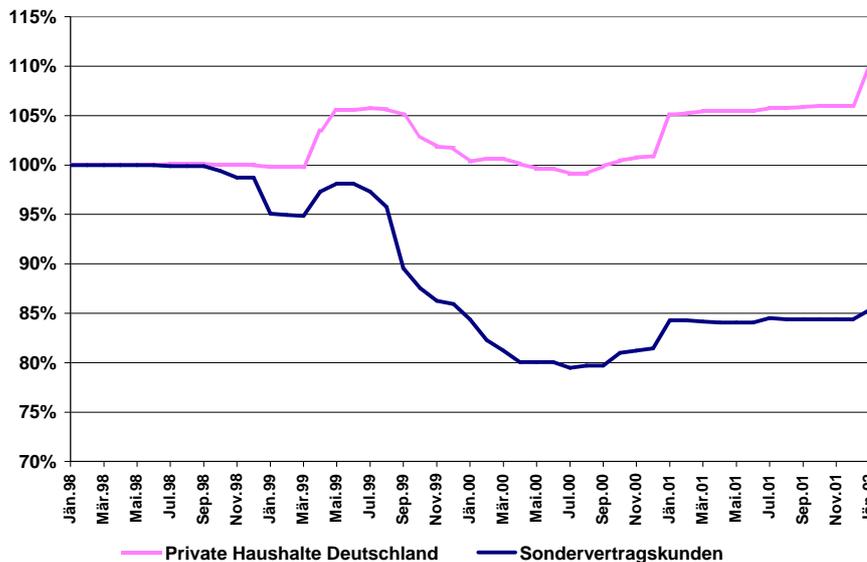
Besonders zu betonen ist, dass nicht nur zwischen Österreich und Deutschland, sondern auch innerhalb der Länder erhebliche Unterschiede bei den Netzkosten und Strompreisen auftreten. In Österreich existieren zudem bei den Abgaben bzw. Zuschlägen für KWK und Ökoenergie regionale Unterschiede. In diesem Zusammenhang liegen jedoch nur Daten des österreichischen Strommarktes vor .

Grafik 13: Haushaltspreisvergleich in Österreich nach Versorgungsgebieten, 3.500 kWh/Jahr in € und %, April 2002
 Quelle: E-Control



Vergleicht man die Strompreise verschiedener Abnehmergruppen, so wird deutlich, dass durch die Liberalisierung vor allem Großabnehmer profitiert haben, und es im Haushaltskundenbereich zu keinen bzw. gering positiven Preiseffekten gekommen ist (siehe Grafik 14). Auch hier reflektieren die Zahlen der statistischen Ämter nur begrenzt die Effekte der Marktöffnung, da die Statistiken energiepolitisch induzierte Sonderlasten berücksichtigen. Interessant ist, dass die Preisentwicklung parallel verläuft, doch die Differenz zwischen den Preisen von Großabnehmern und Haushalten immer größer wird. Vor allem im Haushaltskundenbereich wird ein Großteil der Liberalisierungsgewinne durch zusätzliche staatliche Abgabenbelastung kompensiert, während beispielsweise in Österreich energieintensive Unternehmen zum Teil von der Energiesteuer befreit sind.

Grafik 14: Strompreise Sondervertragskunden und Haushalte in Deutschland, 1998 = 100)



Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschland

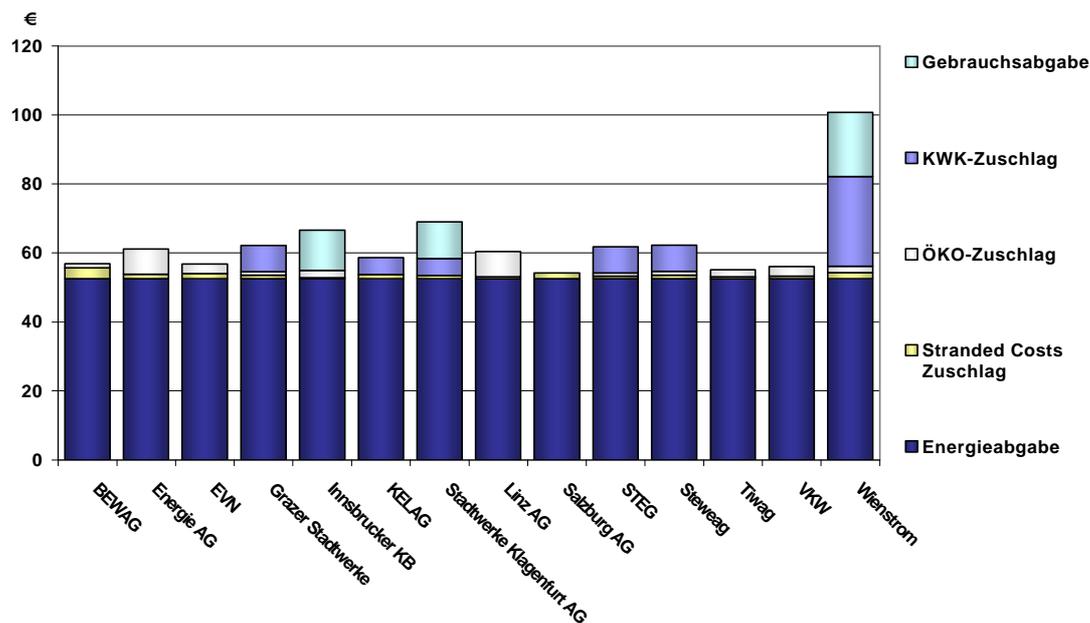
Zuschläge und Abgaben

In Deutschland werden Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und erneuerbare Energien bundesweit einheitlich behandelt. Österreich weist hingegen ein außerordentlich heterogenes Bild auf, da die Kompetenzen zur Festlegung der Höhe der Systemnutzungszuschläge für Ökoenergie und KWK sowie der Einspeisetarife für Strom aus Ökoenergie bei den jeweiligen Landesregierungen liegen.

Den gegenwärtigen Regelungen EIWOG 2000 zufolge sind bis Oktober 2007 stufenweise ansteigend zumindest 4 % der Abgabe aus öffentlichen Netzen in Form von Ökostrom (Windkraft, Biomasse, etc) zu erzeugen und 8 % aus Kleinwasserkraftanlagen. Zusätzlich gibt es, nach der jeweiligen Entscheidung des Bundeslandes, auch die Möglichkeit einer Unterstützung für Kraft-Wärme-Kopplung.

Gegenwärtig beträgt die Zielquote für Ökoanlagen 1 % des Endverbrauches. Einspeisetarife zur gleichen Materie sind in einigen Bundesländern um höher als in anderen Bundesländern – z.B. Wind: Oberösterreich 8,19 Cent/kWh, Kärnten 10,76 Cent/kWh; Biomasse solid: Tirol 5,52 Cent/kWh, Kärnten: 17,44 Cent/kWh; Photovoltaik: Oberösterreich 15,37 Cent/kWh; Kärnten bis zu 72,67 Cent/kWh. Die unterschiedlichen Länderbestimmungen spiegeln sich in der Heterogenität der Zuschläge für Ökoenergie und KWK zu den Systemnutzungsentgelten wider.

Grafik 15: Abgaben und Zuschläge in Österreich nach Versorgungsgebieten, 3500 kWh/Jahr



Quelle: E-Control

Nach derzeitiger Regelung, wonach jedes Bundesland für sich die 4 % Zielquote erreichen muss, sind für die Investitionen und den Betrieb der Ökoanlagen Unterstützungen im Ausmaß von etwa EUR 150 Mio. im Jahr 2007 erforderlich. Diese werden in Form eines Systemnutzungstarifzuschlages aufgebracht und entsprechen im Jahr 2007 bei gleichmäßiger Verteilung auf alle Endabnehmer einem Zuschlag von etwa 0,300 Cents pro kWh. Allerdings würden sich die einzelnen Zuschläge auf Basis der bestehenden Regelungen – wie oben erwähnt – von Bundesland zu Bundesland sehr verschieden gestalten.

Eine Besonderheit des österreichischen Systems stellt die Förderung von Kleinwasserkraftwerken mittels eines Zertifikatssystems dar. Hier muss der Stromhändler durch den Kauf von Zertifikaten das Abnahmeziel von Strom aus Kleinwasserkraftwerken (8 % seiner Gesamtabgabe) nachweisen. Kann der Nachweis durch Kleinwasserkraftwerkszertifikate nicht erbracht werden, hat der Stromhändler als Pönale eine Ausgleichsabgabe zu entrichten. Die Festlegung der Ausgleichsabgabe obliegt dem jeweiligen Landeshauptmann. Wie im Bereich der anderen Zuschläge (Ökoenergie, KWK) kommt es auch im Bereich der Ausgleichsabgabe zu einer unterschiedlichen Höhe. Die hierdurch entstandenen Mehrkosten durch den Kauf der Zertifikate oder dem Zahlen der Ausgleichsabgabe spiegeln sich nicht explizit als Zuschlag zu den Systemnutzungsentgelten wider, sondern sind direkt in den Energiepreisen enthalten.

Die Unterstützungsvolumina für Kleinwasserkraft – gemessen an der Pönale, die als Höchstbelastung des Stromhändlers zu sehen ist – werden mit etwa EUR 115 Mio. pro Jahr abgeschätzt. Im Detail wird der Unterstützungsbedarf von der Marktpreisentwicklung der Zertifikate bzw. der weiteren Ausgestaltung der abgegebenen Volumen aus Kleinwasserkraftwerken bestimmt. Die EUR 115 Mio. entsprechen einer Belastung von 0,23 Cent/kWh Stromabgabe an Endabnehmer.

Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen würden bei Fortschreibung der gegenwärtigen Unterstützung und positiven Beschlüssen in weiteren Bundesländern (Salzburg, Oberösterreich, Niederösterreich, Burgenland zusätzlich zu den bereits beschlossenen KWK-Unterstützungen in Wien, Steiermark und Kärnten) im Ausmaß von insgesamt € 130 Mio. jährlich unterstützt werden, das entspricht einem mittleren Zuschlag von 0,26 Cent/kWh Endabgabe. Allerdings sind auch die KWK-Zuschläge – wie in Grafik 15 ersichtlich – sehr unterschiedlich in den einzelnen Bundesländern. Der höchste Zuschlag wird mit 0,7427 Cent/kWh im Wiener Versorgungsgebiet eingehoben. Würde man das „Wiener KWK-Volumen“ nur auf die Netzkunden im Wiener Gemeindegebiet umlegen, so steigt der KWK-Zuschlag auf etwa 1 Cent/kWh Endabgabe an.

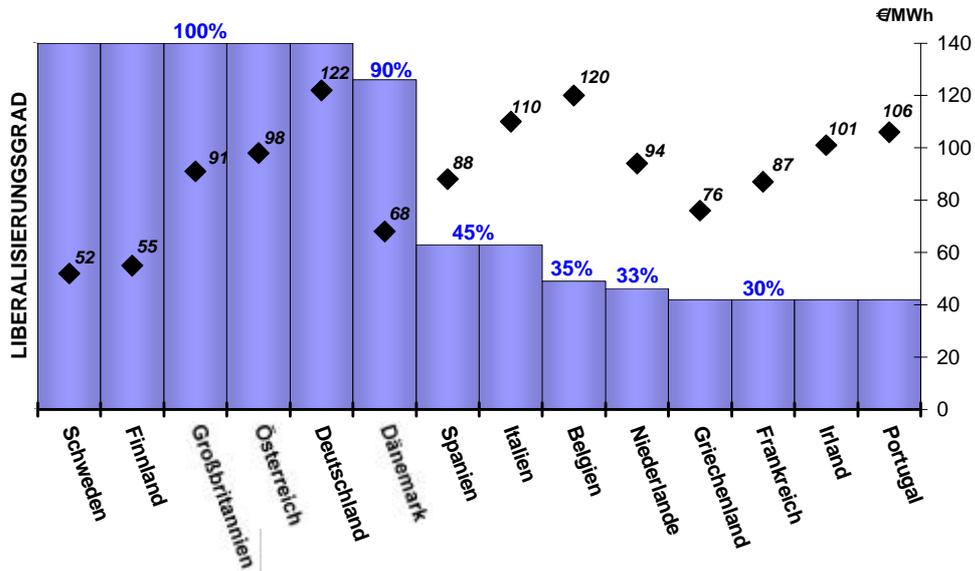
In Summe für die drei unterstützten Bereiche „4 % Ökoanlagen“, „8 % Kleinwasserkraft“ und Kraft-Wärme-Kopplung beträgt die durchschnittliche Kostenbelastung in Österreich etwa 0,79 Cent/kWh Endabgabe. Aufgrund der unterschiedlichen Bundesländerregelungen bewegt sich die tatsächliche Kostenbelastung allerdings zwischen 0,500 Cent/kWh (ohne KWK-Zuschlag) und 1,25 Cent/kWh.

Entwicklungen der Strompreise – ein Ausblick

Es stellt sich die Frage, ob die in einem Liberalisierungsprozess im Allgemeinen erwarteten drei Phasen der Gesamtstrompreisentwicklung auch in Österreich und Deutschland eintreten werden. Demnach werden in der ersten Phase Strompreise gesenkt, um den Kundenstock zu erhalten. Im Gegenzug reduzieren sich die ehemaligen Monopolrenten der Unternehmen. In der zweiten Phase erlauben Effizienzsteigerungen weitere Preissenkungen. Erst in der Phase drei, nach etwa zehn Jahren, sollte sich dann der Strompreis auf relativ niedrigem Niveau einpendeln und sich innerhalb einer gewissen Bandbreite seitwärts bewegen.

Dass nicht alleine der Liberalisierungsgrad in einem Land ausschlaggebend für die Strompreise ist, zeigt sich auch deutlich bei einem Preisvergleich von Ländern mit unterschiedlichen Marktöffnungsgraden.

Grafik 16: Liberalisierungsgrad und Strompreise* für Haushalte, Stand Juli 2001

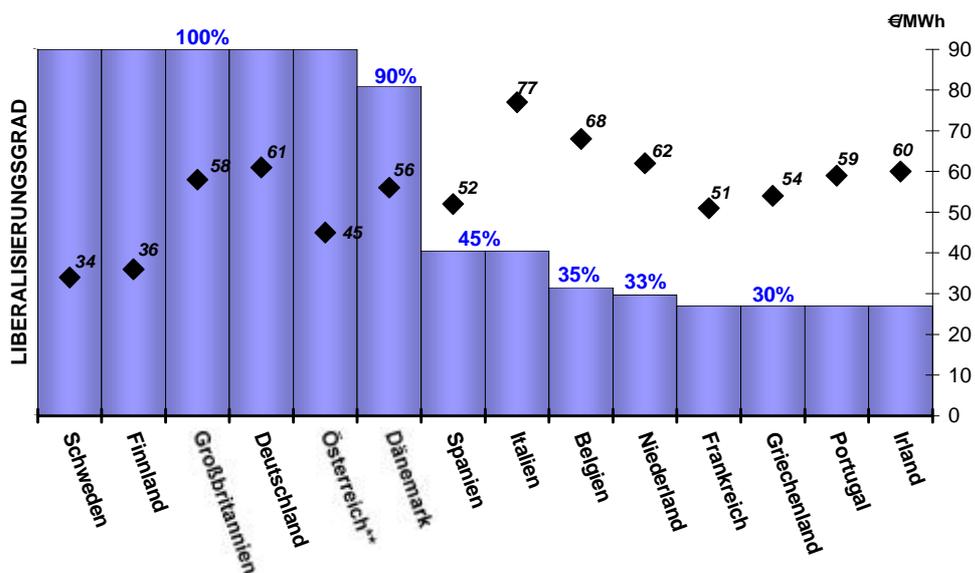


Quelle: EU-Kommission, DG TREN

* Preise ohne USt und andere Energiesteuern

Betrachtet man in Grafik 16 und Grafik 17 jene Länder, die ihren Markt zu 100 % geöffnet haben, so zeigt sich ein deutlicher Unterschied im Preisniveau. Zudem weisen jene Länder, die ihren Markt vollkommen geöffnet haben, nicht eindeutig das niedrigste Preisniveau auf. Die Unterschiede lassen sich auch nicht mit dem Argument von traditionellen Hochpreis- bzw. Tiefpreisländern erklären. Preise und Liberalisierungsgrad scheinen kaum in Korrelation zu stehen.

Grafik 17: Liberalisierungsgrad und Strompreise* für Industrie, Stand Juli 2001



Quelle: EU-Kommission, DG TREN, ** Österreich: eigene Berechnungen, E-Control

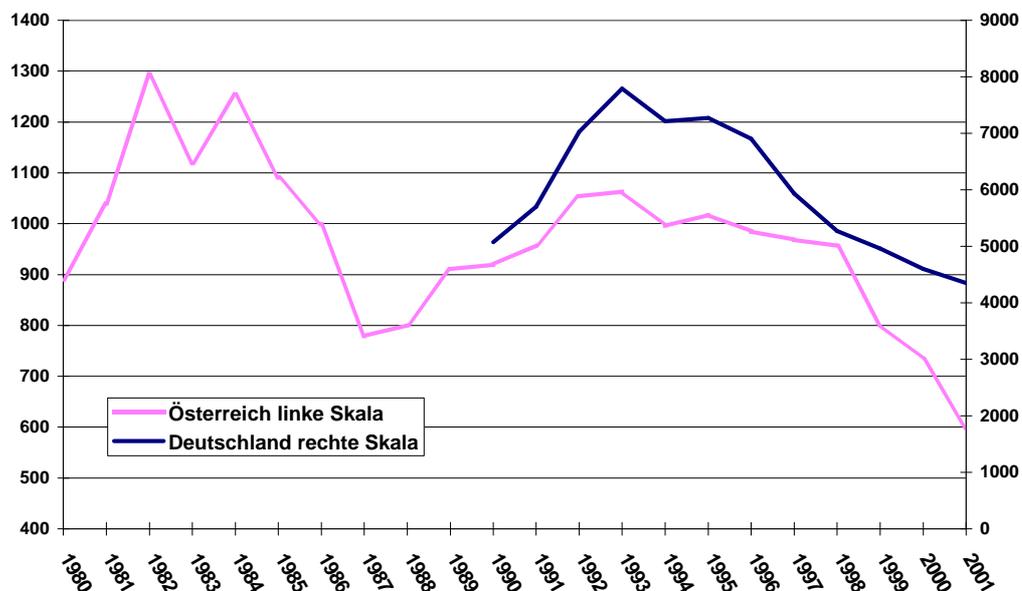
* Preise ohne USt und andere Energiesteuern

Als Einflussfaktoren für den eigentlichen Energiepreis zählen insbesondere jene, die Angebot und Nachfrage beeinflussen. Bei der Entwicklung der Netznutzungsentgelte spielt hingegen der Preisgestaltungsspielraum des monopolistischen Netzbetreibers eine wesentliche Rolle. Die Höhe der Zuschläge und Steuern entscheidet die Regierung und folgt umwelt- und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen. Der steigende Wettbewerb im Zuge der Liberalisierung ist somit nur ein Faktor, der Preisbewegungen verursacht. Was können wir uns von all den Faktoren in nächster Zukunft erwarten?

Die Stromnachfrage in Österreich wird im wesentlichen von den Wetterverhältnissen und der Konjunkturlage beeinflusst. In einer postindustriellen Volkswirtschaft mit einem sinkenden Anteil an energieintensiven Betrieben führt auch eine Hochkonjunkturphase nicht zu einem extremen Nachfrageschub. Konnte im zehnjährigen Mittel von 1982 – 1991 noch ein Stromverbrauchswachstum von 3,3 % beobachtet werden, so reduzierte sich das Durchschnittswachstum von 1991 – 2001 auf 1,8 %. Das österreichische Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) rechnet in seiner jüngsten Prognose bis ins Jahr 2020 mit einem durchschnittlichen jährlichen Verbrauchswachstum von 1,6 %. Am aktuellen Prognoserand wird mit einer kontinuierlichen Wirtschaftserholung gerechnet, die in jedem Fall aber zu schwach ist, um einen Preisanstieg zu bewirken. Die Witterungsbedingungen können zwar zu kurzfristigen Preisausschlägen aufgrund gesteigerter Nachfrage führen, im langjährigen Mittel sind jedoch kaum Preisimpulse seitens der Nachfrage zu erwarten.

Die Entwicklung des Stromangebotes steht im engen Zusammenhang mit der Entwicklung der Erzeugungskapazitäten. Betrachtet man die Investitionsentwicklung in den letzten Jahren, so lässt sich sowohl in Österreich als auch in Deutschland ein rückläufiger Trend hinsichtlich der Investitionstätigkeit feststellen. In der Vergangenheit waren Investitionsschübe, die mehrere Jahre andauerten, im Zusammenhang mit Großprojekten beobachtet worden. Angesichts der Schwierigkeiten, derartige Großprojekte in der Öffentlichkeit durchzusetzen, wird es in den nächsten Jahren kaum zu großen Investitionen kommen.

Grafik 18: Investitionen in der Elektrizitätswirtschaft in Mill. Euro



Quelle: VEÖ, WIFO, Deutsches Statistisches Bundesamt

Bis 2004 wurde laut UCTE-Leistungsbilanz-Vorausschau in Deutschland ein Rückgang konventioneller thermischer Kraftwerke von 3.000 MW und ein gleichzeitiger Anstieg von Erzeugungsanlagen für Erneuerbare Energie von 6.000 MW angemeldet. Das entspricht einem Kraftwerkskapazitätenzuwachs von 2,9 % bis ins Jahr 2004, Österreich hat ein

Wachstum von 0,5 % angemeldet. Andere UCTE-Länder planen zweistellige Zuwachsraten (Italien 12 %, Spanien 11,6 %, Griechenland 13,7 %), womit sich im UCTE-Durchschnitt ein Kapazitätszuwachs von 4,7 % bis 2004 ergibt². Angesichts eines moderaten Nachfragewachstums für Strom, der vorhandenen Kapazitätsausbaupläne sowie der zunehmenden Integration der Märkte dürften im europäischen Stromverband für mehrere Jahre Engpässe vermieden werden können. Rahmenbedingungen wie in Kalifornien, wo sich über Jahre hinweg Kapazitätsengpässe aufgebaut haben, sind für Europa in näherer Zukunft unwahrscheinlich. Mittelfristig sind daher auch angebotseitig kaum Preisimpulse zu erwarten. In Deutschland kann man mit dem Ausstieg aus der Kernenergie sowie aufgrund der rückläufigen Erzeugung aus Kohlekraftwerken zumindest ab 2010 mit Substitutionsbedarf rechnen. Langfristig könnte im Zuge einer Verringerung der Kapazitäten daher durchaus ein Preisdruck entstehen.

Die Arbeitsgruppe Energiewirtschaft der Technischen Universität Wien erwartet auf Dauer keine niedrigeren Strompreise: "Hierzu dürfte der Abbau von Überkapazitäten, die in einem liberalisierten Markt als unwahrscheinlich gelten, eine wichtige Rolle spielen." Die Arbeitsgruppe rechnet mit schwankenden und tendenziell steigenden Energiepreisen [Quelle: Presse 28.03.2002].

Die Intensität des Wettbewerbs wird auch in Zukunft eine wichtige Rolle für die Strompreisentwicklung spielen. Das zunehmende Engagement ausländischer Unternehmen in Österreich wird derzeit eher über direkte Beteiligungen an österreichischen Unternehmen als über die Preisschiene bewerkstelligt. Die inhomogene Tarifierungs- und Zuschlagslandschaft in den einzelnen Netzbereichen, die für potentielle Marktteilnehmer als Markteintrittsbarriere wirken, sollte sich in Zukunft angleichen. Die E-Control versucht bei der Festlegung der Netztarifstruktur nicht nur kostengerechte Tarife festzusetzen, sondern auch die verschiedenen Methoden der Tariflegung anzugleichen. Zudem wird durch das Bestreben eine bundesweit einheitliche Lösung bei Zuschlägen für Öko- und KWK-Strom, höhere Transparenz der Netzpreise in Österreich geschaffen. Damit ist es für neue Marktteilnehmer auch möglich, über den Preis mit österreichischen Anbietern zu konkurrieren, was dämpfend auf die Preise wirkt.

Gleichzeitig zeichnet sich in Österreich zumindest in der Regelzone Ost eine weitreichende Kooperation der ansässigen Elektrizitätsunternehmen ab. Unter dem Arbeitstitel „österreichische Stromlösung“ planen der Verbund (größter Erzeuger Österreichs) und EVN, Wienenergie, BEWAG, Energie AG OÖ und Linz AG, eventuell auch die STEWEAG und Salzburg AG (wichtigsten Versorgungsunternehmen in der Regelzone Ost) eine gemeinsame Handels- und Vertriebsgesellschaft zu gründen, wobei die Handelsgesellschaft exklusiv die Energiemenge der Erzeugungseinheiten übernimmt bzw. die beteiligten Vertriebsgesellschaften exklusiv bedient. Eine Zusammenarbeit im Netzbetriebsbereich befindet sich noch in Ausarbeitung. Sollte diese Kooperation wie geplant im Jahr 2003 tatsächlich operativ werden, so würde zumindest in der Regelzone Ost der beginnende Wettbewerb im Vertrieb- und Erzeugungsbereich abgeschwächt und der Markteintritt für neue Marktanbieter schwieriger werden. Weniger Wettbewerb heißt aber auch weniger Druck auf die Energiepreise.

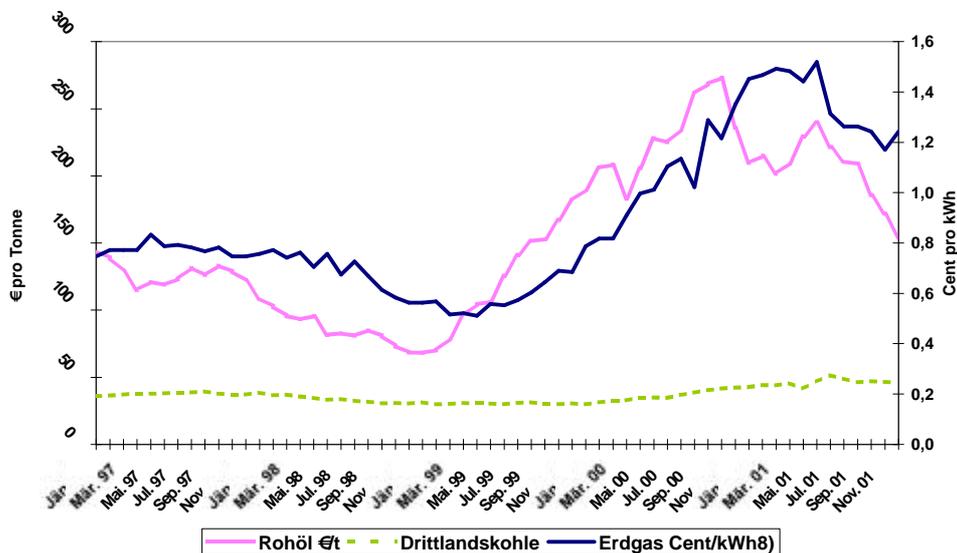
Die Einrichtung von Strombörsen erhöht die Liquidität am Strommarkt, was eine leichtere Preisfindung durch höhere Transparenz ermöglicht. In Österreich wurde Anfang März die österreichische Energiebörse in Graz (EXAA: Energy Exchange Alpen Adria) eröffnet. Betrachtet man die Stromerzeugungspreise auf den Spotmärkten, zeigt sich derzeit, dass sich die österreichischen Preise im Gleichklang mit den mitteleuropäischen Preisen entwickeln. Preisveränderungen in den Märkten Deutschlands und der Schweiz spiegeln sich in den österreichischen Preisen wider. Da die Transitleitungen zu diesen Ländern mittelfristig keine Engpässe erwarten lassen, wird es durch die neu gegründete Energiebörse in Österreich zu keinen Änderungen kommen. Durch den Zusammenschluss der beiden gro-

² UCTE Power Balance Forecast 2002-2004, Draft Report Version 2.0

Ben Strombörsen EEX in Frankfurt und LPX in Leipzig ist zu erwarten, dass die Liquidität und Transparenz weiter erhöht werden.

Der Einfluss der Preise von Primärenergieträgern auf den Strompreis hat in Österreich und Deutschland aufgrund der Zusammensetzung des Kraftwerksparks eine unterschiedlich starke Ausprägung. Angesichts der politischen Krise im Nahen Osten dürften in näherer Zukunft steigende Öl- und Gaspreise zu erwarten sein. Da in Österreich nur 30 %, in Deutschland hingegen gut 60 % des Stroms in Wärmekraftwerken erzeugt werden, würden steigende Preise besonders von Öl und Gas unser Nachbarland schwerer treffen. Durch die bereits angesprochene Korrelation der Strompreise in Österreich und Deutschland und den bedeutend größeren Markt für elektrische Energie ist zu erwarten, dass steigende Preise für elektrische Energie in Deutschland durch ein Ansteigen der Primärenergieträger Erdöl und Erdgas zu höheren Preisen für elektrische Energie in Österreich führen.

Grafik 19: Primärenergiepreise – deutsche Importpreise ohne Abgaben

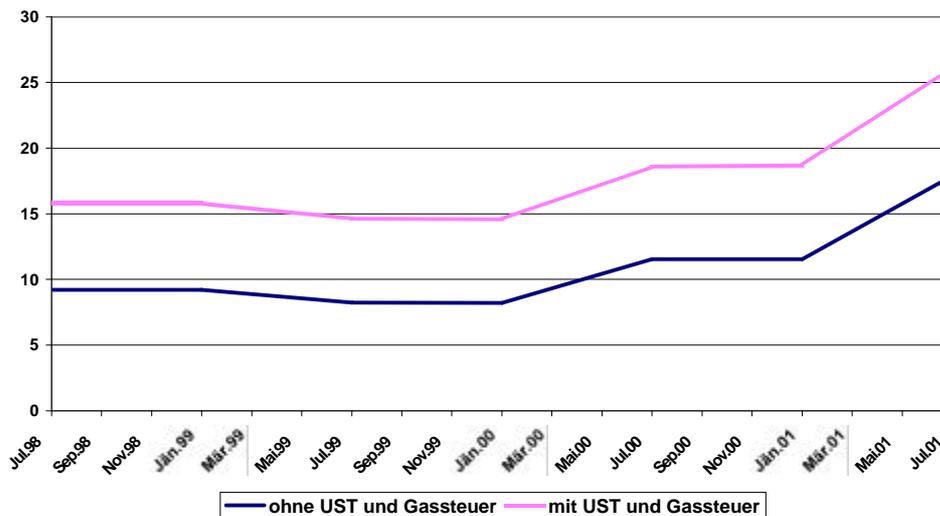


Quelle: Deutsches Statistisches Bundesamt

Die geringe Abhängigkeit Österreichs Stromerzeuger von Öl und Gas ist ein Grund, weshalb es im Vorfeld der 100%igen Liberalisierung trotz stark ansteigender Preise für Primärenergieträger zu einer Senkung der Energiepreise kam. Im Gegensatz zu Deutschland spielt aber das Wasserangebot für Österreich eine wesentlich größere Rolle beim Stromangebot.

Große Schwankungen im Wasserangebot können zu Schwankungen des Energiepreises führen, sind aber praktisch nicht prognostizierbar. Dabei werden weniger langfristige Tendenzen der Preisentwicklungen als die Volatilität der Energiepreise verändert.

Grafik 20: Österreich: Industriegaspreise Euro pro MWh



Quelle: Eurostat

Im Bereich der Netzgebühren sind besonders für Haushaltskunden – die für die Nutzung sämtlicher Netzebenen bezahlen müssen, wodurch die Entgelte für die Systemnutzung einen beachtlichen Teil der Stromrechnung ausmachen – durchaus noch spürbare Tarifsenkungen zu erwarten. Hier ist sicherlich die E-Control als Regulierungsbehörde gefordert, Kosteneinsparungspotenziale zu lokalisieren und Tarifsenkungen durchzusetzen. Die Regulierungsbehörde entwickelt derzeit ein Benchmarking-System, das relative Produktivitätspotenziale der Verteilnetzbetreiber aufzeigt. Das bedeutet, dass die Netzbetreiber zusehends unter Druck kommen, was den budgetären Spielraum für Quersubventionierungen in Richtung Energiepreis deutlich reduzieren wird. Netztarifsenkungen können durchaus zum Anstieg aber zumindest zum Stillstand der Energiepreise führen, wodurch sich der Gesamtstrompreis letztlich weniger reduzieren würde, als die verringerten Systemnutzungsentgelte dies vermuten lassen würden.

Das Ausmaß der staatlichen Abgabenbelastung wird derzeit von der Energie- und Gemeindeabgabe, sowie vom Ökozuschlag- und KWK-Zuschlag bestimmt. Derzeit wird in Österreich eine bundesweit einheitliche Regelung für Förderungen und damit eine Vereinheitlichung der Zuschläge angestrebt. Laut derzeit diskutiertem Vorschlag könnte – durch eine optimale bundesweite Ressourcennutzung für Ökoanlagen (nicht jedes Bundesland für sich erreicht das 4 %-Ökoanlagen-Ziel, sondern ein gemeinsames 4 %-Ziel für Gesamtösterreich), eine kostengerechtere Unterstützung der Kleinwasserkraft (Abstufung nach Anlagengröße) und eine höhere Treffergenauigkeit der KWK-Unterstützung mittels entsprechender Effizienzkriterien – das erforderliche Unterstützungsvolumen um etwa ein Drittel vermindert werden. Die Kostenbelastung pro kWh Endabgabe würde etwa 0,54 Cent/kWh anstatt 0,79 Cent/kWh Endabgabe in Summe für alle drei Bereiche betragen. Sollte der derzeitige Vorschlag für das Ökostromgesetz angenommen werden, würden die Zuschläge und somit der Gesamtstrompreis sinken. Bleibt das derzeitige System bestehen, ist mit einem allmählichen Anstieg der Zuschläge für Ökostrom zu rechnen, da das zu fördernde Energievolumen von 1 % der Endabgabe für 2002 auf 4 % für 2007 ansteigen wird.

Insgesamt betrachtet sind damit die größten Preisimpulse von der Entwicklung der Systemnutzungstarife, jener des Wettbewerbs – und damit der Energiepreise – sowie der Steuern- Abgaben- und Zuschlagentwicklung zu erwarten. Besonders die letzten zwei Komponenten werden von derzeit noch unbekanntem Größen – das ist die tatsächliche Ausgestaltung der österreichischen Stromlösung bzw. des neuen Ökostromgesetzes – maßgeblich mitbestimmt. Alleine das Bemühen der Regulierungsbehörden, die Netznut-

zungstarife zu senken, kann als sicher vorausgesetzt werden. Sollten die österreichischen Elektrizitätsunternehmen ihre Marktstellung durch das Zustandekommen einer breiten Kooperation stärken können, werden die Energiepreise aufgrund des gesunkenen Wettbewerbsdrucks zumindest stagnieren, eher noch leicht steigen. Das dürfte besonders die Stromkonsumenten mit geringer Stromabnahme, d.h. Haushalte und kleine Gewerbebetriebe am stärksten treffen, da ihre Möglichkeiten, den Anbieter zu wechseln eher sinken werden. Weitere Senkungen der Systemnutzungsentgelte und verringerte Zuschläge – sollte das Ökostromgesetz in der derzeitigen Fassung in Kraft treten – könnten den Energiepreisanstieg ausgleichen, wahrscheinlich sogar überkompensieren. Der Gesamtstrompreis könnte sich unter den gesetzten Annahmen noch leicht rückläufig entwickeln. Ob die gesetzten Annahmen auch Realität werden, wird sich frühestens Mitte 2002 entscheiden.